

Christoph Leitl, Zehn Jahre Mitgliedschaft – Bewertung aus Sicht der Arbeitgeber (2004)

Legende: Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreichs, hebt im Jahre 2004 die Bedeutung des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union für die Wirtschaft des Landes hervor und zieht eine Bilanz der ersten zehn Jahre der Mitgliedschaft.

Quelle: Wirtschaftspolitische Blätter. n° 2/2004. Wien: Wirtschaftskammer Österreich.

Urheberrecht: Wirtschaftskammer Österreich

URL: http://www.cvce.eu/obj/christoph_leitl_zehn_jahre_mitgliedschaft_bewertung_aus_sicht_der_arbeitgeber_2004-de-62adfc28-1d97-406a-bc31-31e112766290.html

Publication date: 06/09/2012

10 Jahre Mitgliedschaft – Bewertung aus Sicht der Arbeitgeber

CHRISTOPH LEITL

Der 12. Juni 1994 markierte nicht nur für die österreichische Politik, sondern auch für die heimische Wirtschaft eine grundsätzliche Weichenstellung. An diesem Tag sprachen sich 66,64% der österreichischen Bevölkerung (bei einer Wahlbeteiligung von rund 80%) für den Beitritt zur Europäischen Union aus. Wenngleich die Euphorie in der Bevölkerung heute etwas abgekühlt zu sein scheint, kann aus Arbeitgebersicht nur ein Resümee gezogen werden: Die Entscheidung war richtig. Österreich ist durch den Beitritt internationaler geworden. Die EU wirkte quasi als Wettbewerbs- und Innovationsmotor. Das Land hat sich geöffnet und vom „Inseldasein“ verabschiedet.

Boomende Direktinvestitionen

Die zunehmende Internationalität ist besonders in der Statistik der Österreichischen Nationalbank über die Netto-Direktinvestitionen nachzuvollziehen. Seit dem EU-Beitritt wurden bis Ende 2003 mehr als 37 Mrd. Euro als Direktinvestitionen des Auslands in Österreich verzeichnet, im Vergleich zu den Werten vor dem Beitritt ist das im Jahresschnitt mehr als das Dreifache. Aber nicht nur der Standort Österreich konnte durch Investitionen profitieren. Auch die heimische Wirtschaft investierte viel stärker als zuvor, wenngleich insgesamt etwas weniger als der Zustrom ausländischen Kapitals in Österreich ausmachte. Im Zeitraum 1995-2003 wurden mehr als 31 Mrd. Euro im Ausland investiert, was eine Verdreifachung im Vergleich zum Jahresschnitt vor dem Beitritt bedeutet. Während EU-Länder zu Beginn der österreichischen Mitgliedschaft als Zielländer im Mittelpunkt des Interesses der heimischen Unternehmen standen, verschob sich dies in den letzten Jahren ganz entscheidend in Richtung der neuen EU-Länder in Mittel- und Osteuropa. In den letzten Jahren wurde weit mehr als 50% in den „neuen Nachbarn“ investiert. Erfreulich ist, dass hinter diesen Zahlen eine stabile und sogar zunehmende Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmensbeteiligungen im Ausland steht, womit Österreich heute in Slowenien und Kroatien der wichtigste Investor ist, in Ungarn, der Slowakei und in der Tschechischen Republik an dritter Stelle liegt. Österreich verfügt über einen Anteil von 13% an den gesamten EU-Investitionen, wobei unser Land im Bereich der Banken und Versicherungen die Spitzenposition einnimmt - eine wesentliche Voraussetzung, dass jede österreichische Firma quasi mit der eigenen „Hausbank“ den Internationalisierungsschritt wagen kann.

Stark steigender Außenhandel

Eine ähnliche Entwicklung wie bei den Direktinvestitionen ist auch im Außenhandel zu verzeichnen. Österreich konnte die sich nach dem EU-Beitritt und durch die Ostöffnung bietenden Chancen stark nutzen. In den letzten 10 Jahren verdoppelten sich die Exporte weltweit (die Importe sind jedoch nur um ca. 75% gestiegen - womit im Jahre 2002 erstmals in der Geschichte der zweiten Republik ein Außenhandelsüberschuss erwirtschaftet wurde), in die Erweiterungsländer haben sie sich sogar verdreifacht. Mit rund 2% Anteil Österreichs an der EU-Bevölkerung erwirtschaftet die heimische Wirtschaft rund 9 % des gesamten EU-Handels mit den neuen EU-Mitgliedern!

Im Zeitraum 1995-2002 war Österreich mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme der Warenexporte von 10,5 Prozent „Export-Vize-Europameister“ hinter Irland (+11,2 Prozent) - nicht zuletzt aufgrund der boomenden Exporte nach Mittel- und Osteuropa.

Diese Entwicklung dürfte zumindest auch in den kommenden Jahren anhalten. Während die EU-Staaten gemäß Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission eher stagnierende Wachstumsraten verzeichnen (2003: 0,8%, 2004: 2%) sind in den neuen Mitgliedsländern der EU zumindest doppelt so hohe Steigerungsraten zu erwarten (2003: 3,6%, 2004: 4,0%). Diese wirtschaftliche Dynamik der Erweiterungsländer kann durch österreichische Exportgeschäfte nach Österreich „importiert“ werden. Nicht zuletzt müssen riesige Umwelt- und Infrastrukturinvestitionen durchgeführt werden, Österreich hat hier als wirtschaftlich eng verflochtenes Nachbar- und Hochtechnologieland beste Chancen, zum Zug zu kommen. Im Umweltbereich sind gemäß einer Schätzung der EU-Kommission bis 2015 rund 125 Mrd. Euro

notwendig, um den EU-Acquis zu erfüllen, im Infrastrukturbereich betragen die geschätzten Investitionsvolumina bis zu 70 Mrd. Euro.

Eine jener - wenigen - negativen Begleiterscheinungen des EU-Beitritts ist die Statistikerfassung im Außenhandel, die von den Unternehmen stark kritisiert wird. Vielfach wurde erwartet, dass der Wegfall der Grenzkontrollen und der Zolldokumente im Binnenmarkt eine spürbare administrative Entlastung mit sich bringen würde. Diese Einsparungseffekte wurden jedoch durch die monatlich von den Betrieben zu erstellenden Aufzeichnungen über inner- und außergemeinschaftliche Warentransporte (INTRASTAT und EXTRASTAT) teilweise wieder zunichte gemacht.

Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit – Liberalisierungen

Ausdruck der erhöhten Wettbewerbsfähigkeit mit einem - im Vergleich zu den Jahren vor dem Beitritt - durchschnittlich laut WIFO um 0,42% höheren jährlichen Bruttoinlandsprodukt ist die Verbesserung der Produktivität. Im Vergleich zu den anderen EU-Staaten lag Österreich bei der Arbeitsproduktivität zu Beginn der EU-Mitgliedschaft nur an 11. Stelle der 15 Staaten. Bis zum Jahre 2003 konnten immerhin drei Plätze gut gemacht werden. Eine deutliche Verbesserung konnte auch bei den Arbeitskosten erzielt werden. Noch 1995 lagen die österreichischen Löhne und Lohnnebenkosten in der Sachgüterproduktion um rund 14% über dem EU-Schnitt - im Jahre 2003 reduzierte sich dieser Wettbewerbsnachteil auf EU-Durchschnitt.

Neben der internationalisierung hat die EU-Mitgliedschaft den Liberalisierungsprozess - und auch Privatisierungsmaßnahmen - in Österreich zumindest beschleunigt. Die Europäische Kommission fokussierte sich vor allem auf die Märkte des Energie-, Telekommunikations- und Versicherungssektors, was sich in Österreich teilweise in deutlichen Preisreduktionen niedergeschlagen hat. In internationalen Rankings waren früher vor allem die hohen Telekommunikationskosten in Österreich als Standortnachteil vermerkt worden. Weitere Liberalisierungsschritte auf europäischer Ebene stehen gerade in Diskussion: Post, Personen- und Güterschienenverkehr, Wasserversorgung und -entsorgung etc.

Wegfall der Grenzformalitäten

Die Integration in den Binnenmarkt hatte im Wesentlichen für alle Branchen Vorteile - das sichtbarste Zeichen war für die heimischen Unternehmen der gleichberechtigte Zugang zum Binnenmarkt. Der Wegfall der Grenzkontrollen im Warenverkehr mit den EU-Nachbarn Deutschland und Italien - für Österreich die beiden wichtigsten Handelspartner - brachte eine Erleichterung bzw. nach Implementierung des Schengen-Abkommens eine Eliminierung der Grenzformalitäten mit sich. Weder das 1972 abgeschlossene Freihandelsabkommen noch der Europäische Wirtschaftsraum (der erst ein Jahr vor der Mitgliedschaft in Kraft trat) hatten vorher die für die Wirtschaft wichtigste Freiheit des Binnenmarktes - die Freiheit des Warenverkehrs - herstellen können.

Einerseits waren die Landwirtschaft und die nachgelagerte Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft vom Freihandelsabkommen ausgeschlossen, andererseits blieben Grenzformalitäten (Kontrolle der Warenbegleitpapiere) und die nicht kalkulierbaren Wartezeiten an den Grenzen zu Italien und Deutschland als Wettbewerbsnachteil gegenüber EU-Firmen bestehen. Innerhalb der EU waren die Grenzkontrollen durch die Einführung des Binnenmarktes bereits am 1. 1. 1993 abgeschafft worden. Damit beispielsweise Just-in-time-Lieferungen pünktlich durchgeführt werden konnten, unterhielten zahlreiche österreichische Firmen kostspielige Auslieferungslager innerhalb der EU, um nach Einlangen von Bestellungen die Waren ohne Grenzwarzeiten gleich im Binnenmarkt ausliefern zu können. Berechnungen der Europäischen Kommission vor Vollendung des Binnenmarktes (Cecchini-Report) kalkulierten diese Kosten mit rund zwei bis fünf Prozent des Warenwertes. Umgerechnet auf die damaligen österreichischen Exporte in die Europäische Union lagen die Kosten zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Euro pro Jahr. Dabei sind noch nicht einmal jene entgangenen Aufträge berücksichtigt, die aufgrund dieser Kostennachteile gar nicht zustande gekommen waren.

Probleme in der Nahrungsmittelindustrie und bei Speditionen

Probleme gab es bei manchen Betrieben in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die aufgrund des Ausschlusses aus dem Freihandel bis 31. 12. 1994 zwar einen geschützten Heimmarkt, aber natürlich auch die Produktionskapazitäten im Wesentlichen auf den Heimmarkt ausgerichtet hatten. Von einem Tag auf den anderen standen diese Unternehmen durch den EU-Beitritt im vollen Wettbewerb mit den großen EU-Konkurrenten. Vielfach konnten entsprechende Produktionskapazitäten im Vorfeld nicht aufgebaut werden bzw. die vorhandenen Kostennachteile aufgrund der geringeren Betriebsgrößen nicht wettgemacht werden. Ein zweiter Problembereich ergab sich bei den Speditionen, bei denen der Wegfall der Zollabwicklung natürlich große Umsatzeinbrüche mit sich brachte. In diesen beiden Bereichen waren auch die größten Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen, Umschulungs- und Ausbildungsmaßnahmen für die betroffenen Mitarbeiter wurden aus zwei eingerichteten Arbeitsstiftungen finanziert.

Einführung des Euro - Erfüllung der Maastricht-Kriterien

Die Einführung der Euro-Banknoten und Münzen im Jänner 2002 war für die Bürger das greifbarste Zeichen der Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Für die Wirtschaft viel bedeutsamer war die Fixierung des Wechselkurses mit 1. 1. 1999, die den Unternehmen Transaktionskosten ersparte und Wechselkursrisiken im Euroraum ausschaltete.

Der Wunsch Österreichs, von Beginn an bei der Wirtschafts- und Währungsunion dabei sein zu können, bewirkte durch die Notwendigkeit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien bei der öffentlichen Hand eine Kehrtwendung vom „Deficit spending“ hin zu einer Konsolidierung des Budgets sowie eine damit einhergehende Reduktion der österreichischen Staatsverschuldung.

Der 1992 beschlossene Vertrag von Maastricht beinhaltet fünf Kriterien (Preisstabilität, Haushaltsdefizit, Schuldenstand, langfristige Zinsen und Wechselkursstabilität), die darüber bestimmen, ob ein Mitgliedstaat für die einheitliche Währung bereit ist.

Hinsichtlich des Haushaltsdefizits wurde festgelegt, dass dieses nicht höher als 3% des Bruttoinlandsprodukts sein dürfe - ein Wert, der von Österreich in den Jahren 1993-1996 bei weitem überschritten wurde (z. B. 1994 und 1995 über 5%). Die Notwendigkeit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien führte zu einem dramatischen Abbau des Defizits, im Jahre 2001 konnte sogar erstmals ein minimaler Überschuss erwirtschaftet werden. Durch die Einsparung bei öffentlichen Ausgaben, aber auch durch Steuererhöhungen wurden allerdings verringerte Konsumausgaben in Kauf genommen, die sich in einem relativ niedrigen Wirtschaftswachstum niederschlugen. Andere Länder leiteten aufgrund äußerer Umstände (z. B. Finnland aufgrund des Wegfalls des Handels mit der Sowjetunion nach 1989) diesen Konsolidierungsprozess bereits früher ein.

Parallel dazu erfolgte auch ein leichter Abbau der öffentlichen Verschuldung von 69,2% im ersten Jahr der EU-Mitgliedschaft auf 65% im Jahr 2003. Dieser Schuldenabbau muss allerdings in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, denn das Maastricht-Ziel liegt bei maximal 60% Verschuldung (gemessen am BIP) bzw. zumindest einer rückläufigen Tendenz der Verschuldung. Österreich erfüllt dieses Kriterium lediglich durch die Rückläufigkeit.

Die für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien notwendige Preisstabilität bemisst sich nach dem Wert der drei preisstabilsten Länder plus höchstens 1,5 Prozentpunkte. Während 1993 die Inflationsrate in Österreich noch 3,6% betrug, betrug sie im Beitrittsjahr 1995 knapp über zwei Prozent, 1999 wurde mit 0,6% der tiefste Wert in der Geschichte der zweiten Republik erreicht. Im ersten Jahr der Einführung des Euro-Bargeldes (2002) betrug die Inflationsrate 1,7 Prozent, ein Wert, der beweist, dass der Euro - im Gegensatz zu den Aussagen mancher Kritiker - kein „Teuro“ war. Die Wirtschaftsforscher (WIFO) schätzen, dass die Inflationsrate ohne EU-Beitritt um etwa ein Prozent höher liegen würde. Österreichische Haushalte ersparen sich dadurch insgesamt etwa 1,1 Milliarden Euro jährlich (rund 145 Euro pro Person).

Forschungs- und Bildungsraum Europa

Durch die Teilnahme an den Forschungsprogrammen der EU konnte Österreich stark profitieren. Einerseits

wurden entsprechende Strukturen aufgebaut und andererseits konnten auch entsprechende Rückflüsse lukriert werden: Im 4. Rahmenprogramm (1994-1998) wurden insgesamt 1927 österreichische Beteiligungen an 1444 erfolgreichen Projekten verzeichnet; von den über Projektausschreibungen vergebenen Mitteln erhielt Österreich 192 Millionen Euro seitens der EU zugesprochen; im Verhältnis zum Anteil, den Österreich zum Forschungsrahmenprogramm leistet, bedeutete dies einen Rückfluss von 73 Prozent.

Im 5. Rahmenprogramm (1998-2002) konnten die gewonnenen Erfahrungen noch besser umgesetzt werden. Die Rückflussquote lag bereits bei rund 100 Prozent. Bei aller Aufmerksamkeit, die den Rückflüssen in Österreich gewidmet wird, darf man nicht vergessen, dass der Wert der Teilnahme an den Forschungsprojekten nicht nur in der Lukrierung von EU-Fördermitteln besteht. Die Forschungsergebnisse repräsentieren einen Wert, der sich aus den Fördermitteln der EU an alle Partner in den Projekten plus den Eigenmitteln der Partner zusammensetzt. Im 4. Rahmenprogramm partizipierten die österreichischen Teilnehmer an einem Projektvolumen von ca. 2,06 Milliarden Euro. Die Projekte, an denen Österreicher im 5. Rahmenprogramm beteiligt sind, haben bereits ein Gesamtvolumen von 2,33 Milliarden Euro.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat Österreich die Tür zur Kooperation im Bildungsbereich mit den anderen EU-Staaten sowie assoziierten Ländern und den baltischen Staaten geöffnet. Die Antragsrunden für das Programm Leonardo da Vinci sind in Österreich auf große Resonanz gestoßen. Während in der Programmperiode 1995-1999 ca. 4.500 Teilnehmer an Mobilitätsprojekten verzeichnet werden konnten, erhöhte sich diese Zahl im Programm Leonardo II (2000-2006) in den ersten vier Jahren der neuen Periode, laut österreichischer Nationalagentur des Leonardo da Vinci-Programms, bereits auf 5.500, womit insgesamt bereits rund 10.000 Personen partizipierten. Ähnlich positive Erfahrungen wurden im Rahmen der Austauschprogramme Sokrates und Erasmus gemacht. Bis zum Studienjahr 2003/04 wurden insgesamt mehr als 30.000 Studierende gefördert, für 2004/05 wird ein weiterer Anstieg der Zahlen um 25 % erwartet, womit, gemäß nationaler Sokrates-Agentur, erstmals mehr als 4.000 Österreicher im Ausland studieren werden.

Förderung benachteiligter Gebiete

In der öffentlichen Diskussion spielten die zu erwartenden EU-Förderungen eine große Rolle. Österreich musste zu Beginn der Mitgliedschaft - ebenso wie die 2004 beitretenden Ländern - erst geeignete Verwaltungsstrukturen zur Administration der EU-Mittel schaffen; teilweise wurde in unserem Land der Fehler begangen, zu viele bereits bestehende Einrichtungen mit der Abwicklung zu betrauen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache wurden erst Ende des Jahres 1995 die ersten Operationellen Programme für Österreich seitens der EU-Kommission genehmigt. Insgesamt erhielten die betreffenden Regionen im Zeitraum 1995-1999 von der EU rund 22 Milliarden Schilling (1,623 Milliarden Euro zu Preisen 1995) zugesprochen. Entgegen den Aussagen mancher Politiker wurde kein „Geld in Brüssel liegen gelassen“; allerdings könnte über die Sinnhaftigkeit mancher Projekte durchaus diskutiert werden. Voraussetzung für das Abrufen der EU-Mittel war und ist eine nationale Kofinanzierung durch Bund und Länder, wodurch sich das Projektvolumen insgesamt mehr als verdreifachte.

Für die Periode 2000-2006 bekam Österreich insgesamt 1,9 Milliarden Euro (mehr als 25 Milliarden Schilling) aus EU-Mitteln zugesprochen. Unter Berücksichtigung der nationalen Kofinanzierung beträgt das gesamte mögliche Projektvolumen rund 6,6 Mrd. Euro.

Die Verteilung der Strukturfondsmittel auf die österreichischen Bundesländer zeigt ein starkes Ost-West-Gefälle (mit Ausnahme der Bundeshauptstadt Wien):

Das Burgenland konnte den Status als Ziel-1-Gebiet bis 2006 behalten, in der nächsten Strukturfonds-Periode dürfte diese höchste EU-Förderstufe allerdings durch die positive wirtschaftliche Entwicklung des Burgenlands verloren gehen. Die Ziel-2-Gebiete (vormals Ziel 2 und Ziel 5b) in Österreich umfassen bis 2006 noch knapp zwei Millionen Einwohner (rund 25 Prozent der Gesamtbevölkerung). Durch die EU-Erweiterung wird es in der Periode 2007-2013 zu einer starken Verlagerung der Förderungsströme in Richtung der neuen Beitrittsländer kommen, womit die Österreich zur Verfügung stehenden Mittel

höchstwahrscheinlich stark gekürzt werden.

Die EU-Erweiterung

Fast zeitgleich mit dem 10. Jahrestag der österreichischen EU-Volksabstimmung wurde die historische EU-Erweiterung mit 10 neuen Mitgliedern und damit die Wiedervereinigung Europas gefeiert. Alle Studien bestätigen, dass Österreich der Gewinner des Öffnungs- und Erweiterungsprozesses ist und sein wird. Allein im Zeitraum 1989-1997 führte die Ostöffnung laut WIFO zu einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,3%. Im selben Zeitraum konnten am heimischen Arbeitsmarkt 57.000 Personen zusätzlich beschäftigt werden. Eine andere WIFO-Studie prognostiziert durch die EU-Erweiterung bis 2005 zusätzlich 9000 sowie bis 2010 weitere 27.000 Arbeitsplätze. Neben dem bereits erwähnten Export- und Investitionsboom wird auch die Tourismuswirtschaft profitieren, Experten rechnen mit 300.000 - 400.000 zusätzlichen Nächtigungen allein aus den neuen Mitgliedstaaten.

Zusammenfassung

Die vorliegenden Zahlen, Daten und Fakten belegen, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft und der Wegfall von Beschränkungen zum Binnenmarkt von der heimischen Wirtschaft genutzt wurden. Die Integration in den Binnenmarkt brachte für alle Branchen Vorteile - mit Ausnahme der klein strukturierten, und vor dem EU-Beitritt abgeschotteten Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie den Speditionen.

Verstärkt wurde der positive Trend durch die sich immer stärker abzeichnende EU-Erweiterung um die Länder aus Mittel- und Osteuropa sowie Malta und Zypern. Die Exporte in diese Region boomten, die österreichischen Direktinvestitionen in diesen Ländern erreichten Rekordwerte. Österreich zählt in seinen Nachbarländern zu den größten Investoren. Durch die geographische Nähe profitierten gerade die heimischen Unternehmer besonders, und es wird - nicht überraschend - gerade Österreich und Deutschland prophezeit, die eigentlichen Gewinner der EU-Erweiterung 2004 zu sein. Österreich wird in der Union von 25 Staaten nicht mehr an der Peripherie liegen, sondern im Zentrum Europas, noch dazu mit stark wachsenden Märkten vor der eigenen Haustüre. Der Maastricht-Vertrag und die damit beschlossene Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion legten Österreich und den anderen EU-Staaten Kriterien auf, die sich in einer notwendigen Budgetkonsolidierung und einer rückläufigen Staatsverschuldung äußerten. Längst notwendige Strukturreformen und Liberalisierungen wurden in Angriff genommen, mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft im internationalen Kontext zu stärken. Die Chancen für eine positive Entwicklung unseres Landes stehen somit sehr gut. Nehmen wir die Wettbewerbsherausforderung im neuen, größeren Europa an. Die wichtigste Voraussetzung dazu wurde mit dem „Ja“ zur EU-Mitgliedschaft am 12. Juni 1994 geschaffen.